

8. Sitzung des Finanzausschusses

am 18.02.2016 von Thomas Franz

Zu Beginn der Sitzung beantrage Unser Wachtberg, die in Top 2 "Ankauf von Grundstücken" des nichtöffentlichen Teils der Sitzung ohne Nennung von Namen und Preisen im öffentlichen Teil zu behandeln. Begründet wurde der Ankauf mit einer geplanten Erweiterung des Gewerbegebietes Villip. Hierdurch würden wesentliche Belange der Entwicklung der Gemeinde tangiert und sei daher von großem öffentlichen Interesse. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (8x Nein, 4x Enthaltung, 1x Ja)

Öffentlicher Teil

TOP 1

keine Anmerkungen

TOP 2

keine Bürger anwesend

TOP 3

Die Senkung der Kassenkredite im Dezember ist auf eine Nachzahlung des Einkommensteueranteils an die Gemeinde zurückzuführen. Weiterhin wurden für die Kassenkredite langfristige Zinsvereinbarungen getroffen.

TOP 4

Die einzelnen Produktgruppen wurden durchgesprochen. Dabei wurde von Seiten der UWG angemerkt, Teile des Eckwertebeschlusses würden nicht umgesetzt. So wäre keine Budgetierung der Personalkosten bzgl. der Fachbereiche erfolgt.

In der folgenden Diskussion wurde festgehalten, dass dies nicht praktikabel sei, da es einen erheblicher Mehraufwand und einen Parallelhaushalt darstelle. Man einigte sich, den Eckwertebeschluss in dieser Hinsicht noch einmal zu überarbeiten.

Die UWG bestand jedoch auf diesen Eckwertebeschluss mit einem entsprechenden Antrag, der mehrheitlich abgelehnt wurde. (10x Nein, 1x Enthaltung, 2x Ja)

In der weiteren Diskussion über den Haushalt wurden sodann die Änderungen aus den Ausschüssen, sowie bzgl. des Asylbewerberleistungsgesetz beraten. Dabei wurden insbesondere bezüglich des Asylbewerberleistungsgesetz, durch die Verwaltung eine Anpassung vorgenommen. Es wurde nicht wie ursprünglich pro Asylbewerber 10.000 € im Haushalt aufgenommen sondern gem. des Königsteiner Schlüssels nur ca. 7.000 €, was zu einer Mindereinnahme von rd. 2 Mio. € führt.

Auf Grund dieser Mindereinnahme würde die Haushaltssicherungsgrenze (HSK-Grenze) um ca. 1,79 Mio € überschritten. Dies wurde von keiner Fraktion akzeptiert. Lediglich die SPD war der Meinung, die Kämmerin könne nicht anders handeln, da die Kommunalaufsicht sonst den Haushalt nicht genehmigen könne.

Er erfolgte der Hinweis auf einen Ministererlass, wonach die Kommunalaufsicht auch Ansätze von 10.000 €/Asylbewerber in den Haushalten zu akzeptieren könne. Frau Offergeld merkte ergänzend an, dass voraussichtlich im Juni und Dezember dieses Jahres bzgl. der Erstattungen für Asylbewerber nachgesteuert werden soll. Man rechne damit, bis Ende 2016 auch tatsächlich ca. 10.000 €/Asylbewerber zu erhalten

Nach einer kurzen Beratungspause haben sich die Fraktionen auf folgendes Verständigt:

Der Änderungsantrag der Verwaltung wird gestrichen. Die im Änderungsantrag ausgewiesene Mindereinnahme wird als Forderung an das Land eingestellt.

Dies führt dazu, dass mit dem Haushalt 2016 die HSK-Grenze nicht, wenn auch nur knapp, überschritten wird.

Die Ausschussmitglieder gehen davon aus, dass die Zusagen des Ministeriums eingehalten werden und am Ende des Jahres für jeden Asylbewerber 10.000 € an die Kommunen fließen.

Damit wurde mehrheitlich die Empfehlung an den Rat beschlossen, den Haushalt in dieser Form zu verabschieden. (11 x Ja, 2x Nein).

Ebenfalls wurde, wie im IFAU beschlossen, der Ansatz Friedhofsgebühren auf den Ansatz von 2014 reduziert.

TOP 5

Mitteilung: Bzgl. des Kaufs eines Grundstückes im Gewerbegebiet Villip durch die DHL wird eine endgültige Entscheidung bis 30.06.16 fallen.

Ein Käufer eines Grundstückes ist vom Kauf zurückgetreten, so dass wieder ein Grundstück zum Verkauf steht.

